

1.60 „U28 - Die Zukunft lacht“ Jugendpolitische Strategie für den BDKJ und seine Mitgliedsverbände

Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2012

Der BDKJ mit seinen Mitglieds- und Diözesanverbänden orientiert sich bei seinen jugendpolitischen Aktivitäten zukünftig an einer gemeinsamen Strategie. Dazu bedienen sie sich der bereits in NRW erprobten Marke "U28 - Die Zukunft lacht". Mit dieser Marke und dem dahinter liegenden Konzept soll politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern auf der Bundesebene ein Handlungsprinzip ans Herz gelegt werden, welches dem Wohl der Jugendlichen und Kinder in unserem Land den absoluten Vorrang einräumt. Ziel ist, dass die katholischen Jugendverbände so das angestrebte Vorhaben der Bundesregierung, eine eigenständige Jugendpolitik zu etablieren, unterstützt, und Kinder- und Jugendpolitik zu einer ressortübergreifenden Querschnittsaufgabe wird.

Das folgende Handlungsprinzip gilt als Grundlage der Strategie:

„Alle heute und zukünftig in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Jugendlichen und Kinder verfügen über gleiche, gute Lebenschancen. Gleiche Zugänge zu allen Lebensbereichen und die gerechte Teilhabe an deren Ausgestaltung sind hergestellt.

Bei allen Entscheidungen und Maßnahmen der Politik, der Justiz und der Verwaltung werden Nachteile für Kinder und Jugendliche vermieden und Vorteile erwirkt.

Die Bewahrung natürlicher Ressourcen und deren nachhaltiger Einsatz sind gesichert.“¹

Die Strategie wird nach der Bundestagswahl 2013 in ersten Schritten wie folgt umgesetzt:

Der BDKJ-Bundesvorstand ist zuständig für den Kontakt zu den jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der im Bundestag vertretenen

Fraktionen und gewinnt diese, wenn möglich, zur Teilnahme.

Die Mitgliedsverbände des BDKJ, die BDKJ-Diözesanverbände und die BDKJ-Landesstellen nehmen im Rahmen ihrer politischen Interessenvertretung Kontakt zu Bundestagsabgeordneten aus den jeweiligen Diözesen bzw. den entsprechenden Wahlkreisen auf und gewinnen Abgeordnete, die sich bereit erklären, für einen abgesprochenen Zeitraum ihre politische Tätigkeit durch die Brille von Jugendlichen und Kindern zu betrachten und auf der entsprechenden Webseite über gemachte Erfahrungen zu berichten. Anzustreben ist, dass es sich vor allen Dingen um Abgeordnete handelt, die nicht per se das Themenfeld Jugendpolitik behandeln, sondern zum Beispiel Verkehrspolitikern und Verkehrspolitikern, die in dieser Zeit überprüfen, ob ihre Entscheidung bezogen auf die Verkehrsinfrastruktur tatsächlich ökonomisch effizient, ökologisch verträglich und sozial ausgewogen, also im Sinne von Jugendlichen und Kindern, ausgerichtet sind.

Die Bundesebenen der Mitgliedsverbände des BDKJ unterstützen die Strategie, indem sie ihre politischen Kontakte auf die Strategie aufmerksam machen, sie zur Beteiligung motivieren und in ihren Strukturen dafür werben, die beteiligten Politikerinnen und Politikern zu Veranstaltungen, bevorzugt in deren jeweiligen Wahlkreis, einzuladen. Sie ermöglichen ihnen somit Erfahrungsräume und die Gelegenheit, sich von Jugendlichen und Kindern sagen zu lassen, wie in ihrem Sinne bzw. Verkehrspolitik gestaltet werden muss.

Die weiteren BDKJ-Gliederungen beteiligen sich entsprechend an dieser Strategie.

Der BDKJ-BV plant, bündelt und koordiniert - in Zusammenarbeit mit dem BDKJ Hauptausschuss - die einzelnen Strategiephasen und erarbeitet ein strategisches Konzept. Dies sieht eine genaue Definierung der Ziele und Vorgehensweisen vor.

¹ Handlungsprinzip der nordrhein-westfälischen U28-Strategie, siehe: www.die-zukunft-lacht.de



Auf der BDKJ-Hauptversammlung 2013 wird ein Zwischenergebnis vorgestellt. Das endgültige Konzept beschließt der BDKJ-Hauptausschuss. Er legt dem BDKJ-Bundesstellen e.V. einen Finanzplan vor.

Der BDKJ-Bundesvorstand richtet auf der BDKJ-Webseite und auf dem BDKJ-Blog jeweils eine Unterseite ein, die zur Vernetzung und Dokumentation der Aktivitäten der Mitglieds- und Diözesanverbände genutzt werden kann. Darüber hinaus wird die Aktion durch die BDKJ-Bundesstelle dokumentiert, um deren Nachhaltigkeit zu gewährleisten. So können die gewonnenen Erkenntnisse wiederum in zukünftige Gespräche mit Politikerinnen und Politikern einfließen.